

## EZB pumpt mehr als eine Billion Euro in die Wirtschaft

Die Europäische Zentralbank (EZB) plant, bis September 2016 monatlich Anleihen im Wert von etwa 60 Milliarden Euro zu erwerben. Die Reaktionen auf das geplante Anleihen-Kaufprogramm fielen gemischt aus.



Quelle: heute.de

Auch wenn Experten das am Donnerstag vom EZB-Rat beschlossene Anleihen-Aufkaufprogramm erwartet hatten, überraschte der Umfang der quantitativen Lockerung viele Beobachter. Laut EZB-Chef Mario Draghi, plant die Zentralbank, ab Ende März monatlich Anleihen im Wert von 60 Milliarden Euro zu erwerben. Hierbei wird es sich vor allem um die Staatsanleihen von Ländern der Eurozone handeln, die dann je nach Anteil der nationalen Notenbanken am Kapital der EZB aufgekauft werden sollen. Hinzu kommen die Anleihen europäischer Institutionen mit besonders guten Bonitätsnoten. Das Risiko der Anleihen soll jedoch weiter zu 80% von den nationalen Notenbanken getragen werden. Die überwiegende Mehrheit der EZB-Ratsmitglieder stimmte für das Programm. Laut Draghi war die Mehrheit so groß, "dass wir [die EZB] nicht darüber abstimmen mussten".

Das geplante Aufkaufprogramm der EZB gehört zu den umfangreichsten der Geschichte. In den letzten Jahren hatten bereits die Zentralbanken von Großbritannien, den USA und Japan auf die quantitative Lockerung zur Bekämpfung niedriger Inflations- und Wachstumsraten gesetzt. Zumindest in Großbritannien und den USA gewann die Wirtschaft im vergangenen Jahr wieder deutlich an Dynamik. Dieser Trend soll sich laut den jüngsten Schätzungen des IWF auch 2015 fortsetzen. Die langfristigen Folgen der aufgeblähten Zentralbank-Bilanzen sind allerdings nur schwer abzuschätzen.

Auch in der Eurozone könnte das Aufkaufprogramm dazu beitragen, die Schuldenlast vieler Mitgliedsstaaten zu reduzieren und das Deflationsrisiko zu bekämpfen. An Europas Börsen nahm man die Entscheidung der EZB überwiegend positiv auf, der DAX stieg sogar auf einen neuen historischen Höchststand von über 10.400 Zählern. Der Euro fiel nach der Ankündigung weiter auf 1,14 Dollar, den tiefsten Stand seit dem Jahr 2003. Ob das frische Geld jedoch auch von den Banken in Form von Krediten an die Unternehmen des Währungsraumes weitergegeben wird, bleibt abzuwarten.

## Wochenüberblick

### Di, 20.01.2015

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft deutlich gesenkt. So werde die Wirtschaft in diesem Jahr lediglich um 3,5% wachsen, statt der zunächst erwarteten 3,8%, und 2016 um 3,7% statt um 4%. Nicht für alle Länder musste die Prognose jedoch gesenkt werden. In China und Indien bleibt das prognostizierte Wachstum auf einem unverändert hohen Niveau. Die US-Wirtschaft wird laut der Prognose in diesem Jahr sogar um 3,6% statt um 3,1% wachsen. Der Eurozone trauen die Experten des IWF hingegen nur eine langsame Erholung von der Krise zu. In diesem Jahr wird das Wachstum laut der neuen Prognose nur bei 1,2% liegen. Auch Deutschland ist von der schwachen Dynamik der wirtschaftlichen Erholung betroffen (1,3% Wachstum in diesem Jahr statt 1,5%).

Um das Wachstum wieder anzukurbeln, empfiehlt der IWF großen Volkswirtschaften wie Deutschland, die historisch niedrigen Zinsen auszunutzen und mehr zu investieren. Die Bundesrepublik habe ihren Staatshaushalt saniert und könne daher die Investitionen in die Infrastruktur erhöhen, ohne gegen den Stabilitätspakt zu verstoßen.

### Di, 20.01.2015

Wie das chinesische Statistikamt am Dienstag mitteilte, ist die Wirtschaft Chinas im vergangenen Jahr mit 7,4% so langsam gewachsen wie seit 24 Jahren nicht mehr. Im kommenden Jahr könnte das Wachstum sogar unter die 7%-Marke fallen. Auch wenn sich die Wirtschaft Ende letzten Jahres wieder etwas positiver entwickelt hat als erwartet, rechnen viele Experten noch in diesem Jahr mit großangelegten Konjunkturlösungen seitens der chinesischen Regierung.

### Di, 20.01.2015

Wie der Autohersteller Toyota am Dienstag bekanntgab, rechnet man für das nächste Jahr mit leicht sinkenden Absatzzahlen (-1%). Damit könnte VW im Jahr 2015 erstmals zum größten Autohersteller der Welt aufsteigen. Allein die Kernmarke des VW-Konzerns Volkswagen PKW hat im vergangenen Jahr erstmals mehr als sechs Millionen Fahrzeuge verkauft, was einer Verdopplung der Verkaufszahlen von 2004 entspricht.

Weltweit wurde die Entscheidung der Zentralbank überwiegend begrüßt. IWF-Chefin Christine Lagarde lobte am Donnerstag den Schritt der EZB. Das Programm helfe dabei, "die Kreditkosten in der Eurozone zu senken, die Inflationserwartungen zu erhöhen und das Risiko einer in die Länge gezogenen Phase der niedrigen Inflation zu reduzieren". Alexander Krüger vom Bankhaus Lampe ging noch einen Schritt weiter und bezeichnete das Programm als ein "Breitband-Antibiotikum gegen die Wachstumsschwäche und das Inflationsrisiko". Noch kurz vor der Ankündigung der Anleihekäufe hatte eine Umfrage der EZB unter Europas führenden Wirtschaftsexperten ergeben, dass diese bis zum Ende des Jahrzehnts mit einer niedrigen Inflation rechneten. Das Programm könnte nun dazu beitragen, diese Phase zu verkürzen.

Besonders aus Deutschland kam in der Vergangenheit oft Kritik an den geplanten Anleihekäufen. Aufgrund der Unabhängigkeit der EZB äußerten sich jedoch weder Bundeskanzlerin Merkel, noch Finanzminister Schäuble zu den beschlossenen Maßnahmen. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Martin Wansleben, bezeichnete die EZB jedoch als "Gefangenen der eigenen Ankündigungen" und auch aus den Reihen der Unionsparteien kamen massive Vorwürfe gegen EZB-Chef Draghi. Hans Michelbach, Unionsobmann im Finanzausschuss, bezeichnete die Strategie der EZB als "Weichwährungspolitik".

In Expertenkreisen ist man sich einig, dass die quantitative Lockerung nur in Kombination mit umfangreichen Strukturreformen eine anhaltende Schwächephase der europäischen Wirtschaft verhindern kann. Bei ihrem Treffen mit Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi betonte Bundeskanzlerin Merkel daher, dass "keine Zentralbank dieser Welt [...] Politik ersetzen" könne. Diese Meinung teilte auch Italiens Regierungschef, der für die Zukunft weitere Wirtschaftsreformen versprach. Italien müsse nun "in den fünften Gang schalten". Im nächsten Jahr werde er sich bei der Umsetzung der geplanten Arbeitsmarktreformen nicht durch den Blick auf Meinungsumfragen verunsichern lassen.

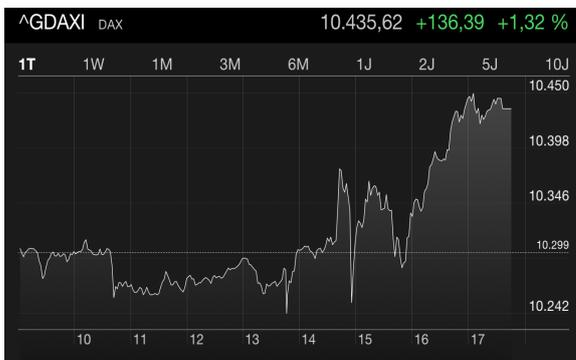


Abbildung: Kursverlauf des DAX am 22. Januar.

**So, 25.01.2015**

Nach den vorgezogenen Neuwahlen in Griechenland sehen erste Hochrechnungen das von Alexis Tsipras angeführte Linksbündnis klar vor der Partei des bisherigen Ministerpräsidenten Samaras. Tsipras hatte in der Vergangenheit mit der Forderung, die Sparauflagen der EU neu zu verhandeln, europaweit für Aufsehen gesorgt.

**Mi, 21.01.2014**

Die Japanische Notenbank (BOJ) hat am vergangenen Mittwoch zwei Programme verlängert, welche Banken dazu ermutigen sollen, Kredite an Unternehmen zu vergeben. Gleichzeitig senkten die Experten der BOJ ihre Inflationserwartungen für dieses Jahr von 1,7% auf 1%. Grund hierfür sei der stark fallende Ölpreis. Für das nächste Jahr rechnet man hingegen damit, dass das Inflationsziel von 2% erreicht werden könne.

**Mi, 21.01.2015**

Gold hat als sichere Anlage wieder an Bedeutung gewonnen. Anleger zeigten sich zuletzt besorgt, dass die Europäische Zentralbank die Erwartungen der Märkte nicht erfüllen könnte. Außerdem überraschte die Aufhebung des Euro-Mindestkurses zum Schweizer Franken die Märkte. In Zeiten solcher Unsicherheiten zieht der Goldpreis traditionell merklich an. Am Mittwoch stieg der Preis um 0,8% auf 1303,2 Dollar je Feinunze.

**Do, 22.01.2015**

Wie Fritz Zurbrügg, Vorstandsmitglied der Schweizer Nationalbank (SNB), am Donnerstag bekannt gab, musste die SNB kurz vor der Aufhebung des Euro-Mindestkurses zum Schweizer Franken mit immer größeren Beträgen am Devisenmarkt intervenieren. "Wir [hätten] alleine im Januar für rund 100 Milliarden Franken intervenieren müssen", sagte Zurbrügg der Zeitung "Blick". Erst gestern gab die Schweizer Regierung bekannt, dass ein Euro-Kurs von 1,10 Franken zwar eine "sehr große Herausforderung" für die Wirtschaft darstelle, es jedoch keine Anzeichen dafür gebe, dass sich die Schweiz einer Rezession nähere. Großangelegte Konjunkturprogramme seien daher derzeit nicht geplant. Experten gehen nach der Aufhebung des Mindestkurses davon aus, dass die Wirtschaft der Schweiz 2015 nur um weniger als ein Prozent wachsen wird.



Quelle: schweizerfranken.net